



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.09.2023**  
**öffentlich**

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:12 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender
Ute Haupt	Fraktion MitBürger
Claudia Schmidt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Jan Döring	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Carsten Heym	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Beate Gellert	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	Fraktion Hauptsache Halle
Helga Schubert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dörte Jacobi	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Uwe Kramer	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ulrike Pilz	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Lau	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Max Nordhaus	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Robert Schönrok	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

### **Verwaltung:**

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annika Seidel-Jähnig	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
René Lukas	Protokollführer

### **Gäste:**

Thomas Fink	Organisationsberatung INSO e.V.
-------------	---------------------------------

### **Entschuldigt fehlten:**

Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Susanne Willers  
Etienne Samuel Knorre  
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Dr. Wend** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte Frau Dörte Jacobi als neues Mitglied im Jugendhilfeausschusses.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Brederlow** teilte mit, dass noch die Mitteilung zur Berichterstattung „Frühe Hilfen“ für die Tagesordnung besteht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2023
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro - Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler  
Vorlage: VII/2023/05680
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zur Netzwerkstelle "Schulerfolg für Halle" und Schulsozialarbeit  
Vorlage: VII/2023/06077
- 8.2. Bericht Streetwork September 2023  
Vorlage: VII/2023/06078
- 8.3. Bericht zum lokalen Netzwerk Kinderschutz Halle (Saale) Berichtszeitraum 01.05.2022 - 30.04.2023

- Vorlage: VII/2023/05738
- 8.4. Mitteilung Zwischenstand zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten, Erarbeitung eines Mindeststandards  
Vorlage: VII/2023/06083
  - 8.5. Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2023  
Vorlage: VII/2023/06092
  - 8.6. Bericht zum Projektstand Qualitäts- und Organisationsentwicklung im Fachbereich Bildung durch das Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (IN/S/O)  
Vorlage: VII/2023/06136
  - 8.7. Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur – Projektauftrag 2023"  
Vorlage: VII/2023/06090
  - 8.8. Berichterstattung Frühe Hilfen
  9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  - 9.1. Anfrage der Fraktion MitBürger zur Umsetzung von Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten  
Vorlage: VII/2023/06079
  10. Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2023
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

### **zu 3      Einwohnerfragestunde**

---

**Fragesteller 1.** bezog sich auf die Erpressungsvorfälle am August-Bebel-Platz und am Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“. Er fragte, wie die Stadt das Problem von derzeitigen Jugendbanden unter Kontrolle bekommen möchte. Er fügte hinzu, dass viel zu oft Migrantenkinder unter Generalverdacht gestellt werden.

**Frau Brederlow** antwortete, dass der Verwaltung das Problem bekannt ist. Aus diesem Grund wurden Sondersitzungen vom Bildungsausschuss und Jugendhilfeausschuss einberufen. Des Weiteren besteht eine Zusammenarbeit mit der Polizei und der Justiz. Sie wies darauf hin, dass an den betroffenen Schulen die Stadt Halle (Saale) verschiedene Projekte mit Streetworkern durchführt und das Ordnungsamt an den örtlichen Schwerpunkten ebenfalls präsent ist.

**Herr Dr. Wend** fügte hinzu, dass diese Problematik nicht einfach gelöst werden kann. Es habe eine lange strukturelle Entwicklung bis zu dem jetzigen Zustand gegeben. Die Sorge des Fragestellers bzw. aller Eltern sei für ihn nachvollziehbar. Der Jugendhilfeausschuss arbeitet an diesem Problem im Hochdruck mit der Verwaltung zusammen.

### **zu 4      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2023**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 08.06.2023, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

---

**zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

---

**zu 6 Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen

---

**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro -Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler  
Vorlage: VII/2023/05680**

---

**Frau Haupt** brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen. Sie vertagte den Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro -Ticket für hallesche Schülerinnen und Schüler in den nächsten Jugendhilfeausschuss. **Frau Haupt** gab zur Kenntnis, dass sich der kommende Finanzausschuss zunächst zum Antrag positionieren sollte.

**Herr Dr. Wend** berichtete über einen telefonischen Kontakt mit dem Geschäftsführer der HAVAG, Herrn Vincenz Schwarz. Er teilte mit, dass ca. 20.000 Jugendliche ein 9- Euro-Ticket in Halle (Saale) nutzen könnten. Davon wohnen bzw. leben ca. 6.500 Jugendliche mehr als 3 km außerhalb von Halle (Saale). Diese erhalten ein Schülerticket, welches sich auf die reine Schulzeit pro Fahrt bezieht. Er sagte, wenn diese Jugendlichen rund um die Uhr fahren möchten, müssen sie 9- Euro draufzahlen und das würden dann ca. 500 bis 600 Jugendliche nutzen. Die Stadt Halle (Saale) muss dafür ca. 2,5 Millionen Euro aufwenden. Demzufolge bleiben 13.000 bis 14.000 Jugendliche über, von denen ungefähr die Hälfte das 29-Euro-Ticket nutzt.

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass ein Verdienstaufschlag von ca. 5 Millionen Euro besteht, wenn 14.000 Jugendliche das 9- Euro-Ticket nutzen würden. Er plädierte für die Umsetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) unter der Berücksichtigung, dass man den gesamten Sachverhalt der Mobilisierung nochmal neu überdenkt.

**Herr Heym** wies darauf hin, dass sich der Stadtrat auf eine Priorisierung einigen müsste, wenn man solche Vorhaben unter der Berücksichtigung der eben genannten Zahlen realisieren möchte. Er unterstützt ebenfalls den Antrag zum Wohle der Jugendlichen.

**Frau Jacobi** hinterfragte, warum der Jugendhilfeausschuss heute nicht darüber abstimmen soll. Sie sagte, dass es hierbei um einen politischen Willen geht, der auch ohne eine vorgegangene Finanzierungsprüfung umzusetzen wäre. Sie verdeutlichte, dass dieser Sachverhalt auch eine Maßnahme zur Prävention ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass sich der Jugendhilfeausschuss grundsätzlich mit allen Belangen der Kinder und Jugendlichen beschäftigen kann. Sie wies darauf hin, dass in diesem Fall aber der Finanzausschuss der zuständige Ausschuss ist, weil dieser auch Beteiligungsverwaltung heißt. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Hallesche Verkehrs-AG inhaltlich im Beschlussvorschlag des Antrags betroffen ist. Sie plädierte für eine Vertagung.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung eines ~~ÖPNV-Tickets~~ **9- Euro-Tickets** für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1.02.2024.
2. Anspruchsberechtigt sind unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sowie Berufsschülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvergütung, die ihren Wohnsitz in Halle (Saale) haben und eine Schule in Halle (Saale) besuchen. Anspruchsberechtigt sind auch Kinder bis 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen sowie Hallenser Schülerinnen und Schüler, die auf Grund einer körperlichen und / oder geistigen Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.
3. Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 71(2) SchulG LSA in Verbindung mit der „Satzung über die Schülerbeförderung der Stadt Halle“ Anspruch auf eine Schülerjahreskarte haben, erhalten das ~~ÖPNV-Ticket~~ **9-Euro-Ticket** für Hallesche Schülerinnen und Schüler kostenfrei.
4. Alle übrigen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler können das Ticket im Jahres-Abo für 9 EUR pro Monat erwerben.
5. Die Stadtverwaltung verhandelt mit der HAVAG den Preis zur Einführung eines solchen Tickets. Die Kosten werden in den Haushaltsentwurf 2024 eingestellt. Grundlage kann dafür das Modell des ~~ÖPNV-Tickets~~ **9-Euro-Ticket** für Schülerinnen und Schüler in Magdeburg sein.

**zu 8        Mitteilungen**

---

**zu 8.1      Bericht zur Netzwerkstelle "Schulerfolg für Halle" und Schulsozialarbeit  
Vorlage: VII/2023/06077**

---

**Frau Schmidt** bat die aktuellsten Änderungen aus dem Bericht zur Netzwerkstelle "Schulerfolg für Halle" und Schulsozialarbeit vorzustellen. Sie wies darauf hin, dass bereits in der Vergangenheit zwei ähnliche Berichte zum Thema präsentiert wurden.

**Herr Klinger** informierte anhand einer Präsentation zur Netzwerkstelle "Schulerfolg für Halle" und Schulsozialarbeit.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Frau Haupt** bezog sich auf die Aussage der stetigen Zunahme von Gewalt an Schulen. Sie sagte, dass man sich zu diesem Sachverhalt mit den einzelnen Schulen in Verbindung setzen müsste. Sie erkundigte sich, welche Projekte an diesen Schulen angeboten werden.

**Herr Klinger** teilte mit, dass der Förderschwerpunkt in den Schulen, die bildungsbezogenen Angebote sind. Hierbei werden Anfragen von Antragstellern und den nötigen Kooperationspartnern beantwortet.

**Frau Gellert** fragte, wie viele Erstanträge zur Schulsozialarbeit hinsichtlich der neuen Antragsperiode bei der Netzwerkstelle von Schulen eingegangen sind.

**Herr Klinger** sagte, dass das Antragsverfahren bis zum 30.09.2023 läuft. Er kann diesbezüglich keine konkreten Zahlen nennen. **Herr Klinger** bemerkte, dass alle Schulen, die bereits Schulsozialarbeit hatten, einen aktuellen Antrag gestellt haben.

**Frau Gellert** teilte mit, dass der Petitionsausschuss des Landtags die Petition der Stadt Halle (Saale) in seinen Bildungsausschuss und Sozialausschuss verwiesen hat. Sie sagte, wenn eine 20% Förderung nicht empfohlen wird, fallen zum jetzigen Zeitpunkt 11 Stellen weg.

**Frau Brederlow** sagte, wenn eine 20% Förderung bestehen bleibt, fallen kommunale Stellen weg, weil diese zur Kofinanzierung benötigt werden. Sie sagte, dass die Stadt Halle (Saale) momentan bei allen möglichen Partnern, auch in der Regierung des Landes, darauf hinwirkt, dass dieser Umstand so nicht eintreffen wird.

**Frau Schmidt** bezog sich auf die Ergebnisse einer schulformübergreifenden Befragung von Schulsozialarbeit im Rahmen der sozialräumlichen Netzwerktreffen. Dabei wurde die Jugendkriminalität bzw. Jugendgewalt benannt. Sie wies darauf hin, dass bisher der Prozess beschrieben wurde, aber nicht die konkreten Aktivitäten benannt sind. Sie bat um Erläuterung.

Des Weiteren wurde mitgeteilt, dass sich zu diesem Prozess eventuelle Empfehlungen entwickeln. **Frau Schmidt** erkundigte sich, welche Beispiele sich bereits ergeben haben und welche Empfehlungen entwickelt wurden.

**Herr Klinger** sagte, dass ein erkennbarer Bedarf im Rahmen der bildungsbezogenen Angebote besteht oder festgestellt wird. Als Beispiel nannte er den Grundgedanken zum sozialen Miteinander, wobei unterschiedliche Träger bzw. Anbieter an die Schulen und Antragsteller zu diesem Thema vermittelt werden.

**Frau Schmidt** bat darum, konkrete Beispiele bzw. die erwähnten ausgesprochenen Empfehlungen zu benennen.

**Herr Klinger** sagte, dass hierbei der Schwerpunkt im Vernetzen liegt. Es werden hierbei unterschiedliche Partner zusammengeführt. Dabei werden die Projekte inhaltlich begutachtet, wobei Empfehlungen ausgesprochen werden können.

**Frau Schmidt** erwähnte, das Frühwarnsystem zum Schulabsentismus. Sie erkundigte sich, ob aktuelle Tendenzen hinsichtlich des Schulabsentismus unter der Beachtung vor, während und nach der Corona-Pandemie vorliegen.

**Herr Klinger** teilte mit, dass Gespräche mit Schulen, dem Landesschulamt und anderen Vertretern dazu stattfanden, wobei ermittelt werden sollte, wie die einzelne Positionierung zum Thema Schulabsentismus ist und wie sich dieser Sachverhalt in den Schulen entwickelt. Ziel soll es sein, ein einheitliches Erfassungssystem als Frühwarnsystem zu etablieren.

**Frau Schmidt** bat bei konkret vorliegenden Zahlen, diese dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen.

**Herr Klinger** bejahte dies.

**Herr Frolow** bemerkte, dass bei diesem Thema die praktische Arbeit der Schulsozialarbeiter vor Ort und die Aufgabe der Netzwerkstelle auseinandergehalten werden muss. Die Aufgabe der Netzwerkstelle ist es, die Arbeit der Schulsozialarbeiter vor Ort zu vernetzen, zu verbinden und entsprechende Hilfestellungen zugeben. Er sagte, dass die Netzwerkstelle der Schulsozialarbeit keine Vorgaben machen kann und demzufolge auch kein Über- und Unterordnungsverhältnis besteht. Es ist ein gemeinsames Abstimmen verschiedener Aktivitäten zur Verbesserung des Zusammenwirkens.

**Herr Dr. Wend** bedankte sich für die Ausführungen. Er gab zu Bedenken, dass die Schulsozialarbeit nicht alle Probleme an den Schulen lösen kann. Er hofft, dass die eingereichte Petition große Beachtung findet.

Es gab keine weiteren Fragen.

## **zu 8.2 Bericht Streetwork September 2023 Vorlage: VII/2023/06078**

---

**Herr Kluge** informierte anhand einer Präsentation zum Bericht Streetwork September 2023.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Döring** fragte, ob in diesem Jahr das Projekt „Ziwi“ durchgeführt wurde.

**Herr Kluge** teilte mit, dass dieses Projekt von Mai bis August 2023 stattfand.

**Herr Döring** erkundigte sich, ob bereits räumliche Orte für Freiräume, die in der Jugendhelfeteilplanung verankert sind, bestehen.

**Herr Kluge** sagte, dass Ideen bestehen, wo z.B. Pop-Ups oder Schlupfwinkel in Halle (Saale) entstehen könnten.

**Herr Döring** fragte nochmals, ob bereits räumliche Orte bzw. Standorte festgelegt worden.

**Herr Frolow** teilte mit, dass eine Vielzahl von Liegenschaften eruiert wurde. Hierbei muss eine hohe Anzahl von Kriterien, wie z.B. die Besitzklärung und Eigentumsverhältnisse der ausgesuchten Grundstücke erfüllt und geprüft werden. Die Verwaltung wird über den Verlauf informieren.

**Frau Schmidt** bezog sich auf die Präsentation mit der Folie „Kontakte aufsuchende Arbeit / Gruppenarbeit nach Sozialräumen“. Sie erkundigte, wie viele Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen vier Teams vorhanden sind. **Frau Schmidt** stellte fest, dass das Team Mitte/Nord/Ost ein großes Gebiet betreut. Sie bat um Erklärung.

**Herr Kluge** teilte mit, dass es Anfang 2023 eine Neustrukturierung gab. Es soll sich mehr auf das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept in der Stadt Halle (Saale) orientiert werden. Er sagte, dass das Team Mitte, welches früher Nord/Nord/Ost war, aktuell den gesamten Innenstadtbereich, den südlichen Innenstadtbereich und einen Teil des östlichen Innenstadtbereichs betreut. **Herr Kluge** wies darauf hin, dass in diesem Bereich eine Schwerpunktsetzung erfolgte und dadurch drei Streetworker eingesetzt sind. Im Bereich Heide Nord und im westlichen Stadtteil sind jeweils zwei Streetworker vor Ort.

**Frau Jacobi** erkundigte sich, ob Streetwork in der Arbeitsgruppe Gewaltprävention und Jugendkriminalität teilnehmen kann bzw. dabei ist.

**Frau Brederlow** antwortete, dass Streetwork seit Beginn der Arbeitsgruppe Gewaltprävention und Jugendkriminalität mitarbeitet und unterstützt.

**Frau Haupt** bezog sich auf das Projekt „Street-Break“ Schulhofstreetwork an 7 halleschen Schulen. Sie fragte, wonach die aktuellen 7 Schulen ausgewählt wurden und wie sich die Zusammenarbeit mit der vorhandenen Schulsozialarbeit gestaltet.

**Herr Wolf** teilte mit, dass in diesem Projekt zwei Schulen aus dem Süden und 5 Schulen aus der Stadtmitte vorhanden sind. Er sagte, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen Streetwork und Schulsozialarbeit an diesen Schulen besteht. Des Weiteren sind die Streetworker an diesen Schulen sehr anerkannt, wobei bereits verschiedene Projekte mit Schülern und Schülerinnen entstanden sind.

**Frau Gellert** erkundigte sich, ob es momentan ein Streetworkauto gibt. Sie wies darauf hin, dass die Stellenanteile auf 10 Stellen im Bereich Streetwork erhöht wurden. Sie fragte, wie die momentane Stellenbesetzung ist und wie die Fluktuation dieser Stellen eingeschätzt wird. **Frau Gellert** hinterfragte, ob die Legalisierung von Cannabis im Bereich Streetwork diskutiert wird. Sie erwähnte, dass in der Vergangenheit die Frage eines Wunsches von Streetwork in den Raum gestellt wurde, die damalige Antwort hieß „mehr Personalstellen“. **Frau Gellert** erkundigte sich nach der aktuellen Antwort dieser Wunschfrage.

**Herr Kluge** teilte mit, dass ein Automobil, welches sich über Werbung finanziert, in Planung ist. Er nahm Bezug zur Stellenbesetzung und teilte mit, dass derzeit 9 von 10 Stellen besetzt sind. **Herr Kluge** bemerkte, dass eine hohe Fluktuation speziell bei den jüngeren Kollegen besteht. Des Weiteren hält er die Diskussion für eine Legalisierung von Cannabis interessant. Die Streetworker werden dazu den Legalisierungsverlauf verfolgen. Er bezog sich auf die Wunschfrage und sagte, dass verschiedene Träume der Streetworker weiterhin bestehen.

**Herr Dr. Wend** betonte nochmalig die Wichtigkeit der Streetworker und sensibilisierte, dass diese Arbeit in allen Bereichen wertgeschätzt werden soll.

**Herr Kluge** bemerkte, dass er hinsichtlich der Stellenbesetzung und dem benötigten Streetworkauto stets im Austausch mit Herrn Frolow ist. Er gab bekannt, dass sich die Streetworker ein großes Transportauto wünschen.

**Herr Dr. Wend** bat um eine zeitnahe Beschaffung eines Streetworkautos.

**Frau Reinert** äußerte den Wunsch einer Räumlichkeit für partizipative Projekte, z.B. für Musikveranstaltungen. Sie betonte, die Wichtigkeit eines geschützten Raumes.

**Herr Dr. Wend** fragte, ob die Demission und die Funktion der ehemaligen Rockstation gewünscht wäre.

**Frau Reinert** betonte, dass es eine beliebige Räumlichkeit sein kann.

**Herr Dr. Wend** wies darauf hin, dass dieser Sachverhalt durchgehend thematisiert wird. Er hat die heutigen Wünsche bzw. Anregungen aufgenommen.

**Herr Dr. Wend** bezog sich auf das Thema Jugendkriminalität in der Stadt Halle (Saale). Er fragte Herrn Kluge, ob sich die Jugendlichen unsicherer in der Stadt fühlen und demzufolge auch die Eltern sich unsicherer fühlen, aus Sorge um ihre Kinder.

**Herr Kluge** sagte, dass generell eine große Sorge bei den Jugendlichen und Eltern besteht. Er bedauert die gefährlichen Tendenzen und Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale). **Herr Kluge** wies darauf hin, dass nicht alle Jugendliche aus Angst vor Vergeltung über ihre Erfahrungen bzw. Vorfälle reden.

**Herr Dr. Wend** bedankte sich für die Ausführungen. Er fasste die Diskussionspunkte zusammen und stellte als Zielvorgabe ein benötigtes Streetworkauto und eine Räumlichkeit für partizipative Projekte fest.

**Frau Schmidt** erkundigte sich, ob hinsichtlich der gesuchten Räumlichkeit die Freiraumagentur angefragt wurde.

**Herr Dr. Wend** sagte, dass diese Antwort und der gesamte Sachverhalt jetzt in jedem Jugendhilfeausschuss thematisiert wird.

Es gab keine weiteren Fragen.

**zu 8.3 Bericht zum lokalen Netzwerk Kinderschutz Halle (Saale) Berichtszeitraum  
01.05.2022 - 30.04.2023  
Vorlage: VII/2023/05738**

---

Die Information zum lokalen Netzwerk Kinderschutz Halle (Saale), Berichtszeitraum 01.05.2022 - 30.04.2023, wurde zur Kenntnis genommen.

*Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.*

**Herr Dr. Wend** betonte, dass die Vernetzung und Kommunikation untereinander sehr wichtig ist. Er regte an, die aufgeführte Mitgliederliste mit Kontaktadressen zu versehen.

**Frau Gellert** fügte hinzu, dass es in der Stadt Halle (Saale) zu wenig Kinderschutzfachkräfte gibt. Sie bemerkte, dass die bestehenden Kinderschutzfachkräfte und die ausübenden Träger an ihre Leistungsgrenzen kommen. Sie sagte, dass aus diesem Grund mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in dieser Fachrichtung ausgebildet werden müssen.

**Frau Jacobi** bezog sich auf die vorliegenden Daten, wie z.B. zur sexualpädagogischen Fortbildungsreihe. Sie sagte, dass diese Daten aus dem Jahr 2022 sind. **Frau Jacobi** fragte, ob diese Daten bzw. Termine auch im Jahr 2023 erhoben und fortgeführt werden.

**Frau Kohl** teilte mit, dass der vorliegende Bericht für den April 2022 vorgesehen war. Aus diesem Grund bestehen die ersichtlichen Daten aus dem Jahr 2022. Sie sagte, dass diese Daten und Termine auch im Jahr 2023 erhoben und durchgeführt werden.

Es gab keine weiteren Fragen.

**zu 8.4 Mitteilung Zwischenstand zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten, Erarbeitung eines Mindeststandards  
Vorlage: VII/2023/06083**

---

Die Information zum Zwischenstand der baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten, Erarbeitung eines Mindeststandards, wurde zur Kenntnis genommen.

*Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.*

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich nach einem konkreten Zeitplan.

**Herr Frolow** teilte mit, dass es keinen konkreten Zeitplan mit einem spezifischen Abschlussdatum gibt. Er sagte, wenn sich die Arbeitsgruppe auf einen Standard geeinigt hat, dann wird dieser verpreist. Derzeit kann aber keine Prognose über die Fertigstellung gegeben werden.

Es gab keine weiteren Fragen.

**zu 8.5 Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2023  
Vorlage: VII/2023/06092**

---

Die Information zur Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2023 wurde zur Kenntnis genommen.

*Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.*

**Frau Schmidt** verwies auf die Zustimmung der Verwaltung zur einer Datenerhebung zum Schulabsentismus. Sie erkundigte sich, ob diese Daten im Monat November vorgelegt werden könnten.

**Herr Frolow** sagte, dass die Verwaltung bestrebt sein wird.

**Frau Pilz** hinterfragte, ob die Daten zur Schulverweigerung an das Land Sachsen-Anhalt gemeldet werden.

**Herr Frolow** teilte mit, dass die Schulen zur Erfassung der Fehlzeiten von Schülern verpflichtet sind. Diese internen Geschehnisse müssen dem Land Sachsen-Anhalt gemeldet werden.

**Herr Dr. Wend** wies darauf hin, dass bei der Behandlung der Priorisierungsliste zur Schulsozialarbeit der Schulabsentismus ab 30 Tage aufwärts definiert wurde. Er fragte, welche differenzierten Meldungen an das Land Sachsen-Anhalt gehen.

**Herr Frolow** sagte, dass jede Schule die Fehlzeiten ihrer Schüler erfassen muss. Es werden ab der ersten Fehlstunde, d.h. alle Fehlstunden an das Land Sachsen-Anhalt gemeldet.

**Frau Gellert** bat darum, dass sich im nächsten Jahr ein Träger oder ein Arbeitsfeld im Jugendhilfeausschuss vorstellen kann. Hierbei bestehen die Möglichkeiten für praxisbezogene Erläuterungen.

**Frau Brederlow** sagte, dass einzelne wichtige Bereiche natürlich die Möglichkeit bekommen sich im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Es muss hierbei aber eine realistische Auswahl der Bedeutsamkeit bzw. der Thematik getroffen werden.

**Herr Kramer** wies darauf hin, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung sehr oft die Diskussion über Planungsprozesse geführt wird, wie z.B. die Themen Schulsozialarbeit, Jugendarbeit und präventive Jugendarbeit. Er sagte, dass dabei gewisse Wissenslücken bzw. Defizite bei den Arbeitskräften festzustellen sind. Im Anschluss an den letzten Unterausschuss Jugendhilfeplanung wurde ein Fachimpuls organisiert, welcher positiv aufgenommen wurde.

**zu 8.6 Bericht zum Projektstand Qualitäts- und Organisationsentwicklung im Fachbereich Bildung durch das Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (IN/S/O)  
Vorlage: VII/2023/06136**

---

**Herr Döring** erwähnte, dass in der Vergangenheit für den Teilbereich des ASD die Stellenergebnisse zur Verfügung gestellt wurden. Er sagte, dass die anderen Teilbereiche nicht aufgeführt sind. Er bat um Erläuterung.

**Herr Frolow** teilte mit, dass im letzten Haushaltskonsolidierungskonzept der Stellenplan verabschiedet wurde, wobei auch die Ergebnisse der INSO dargelegt wurden. **Herr Frolow** betonte, dass für die Stellen des ASD eine Dauerausschreibung besteht und somit ein laufender Prozess ist.

**Herr Döring** bat, die Ergebnisse der einzelnen Daten und Zahlen zur Verfügung zu stellen.

**Herr Frolow** sicherte eine Darstellung der Daten zu.

**Frau Gellert** bat in den kommenden Sitzungen über die Verfahrenslotsen zu berichten.

**Frau Jacobi** bezog sich auf die Folie 5 der Präsentation. Dort ist der aktuelle Umsetzungsstand der einzelnen Bausteine beschrieben. Sie bat um eine detaillierte Ausführung zum Sachverhalt.

**Herr Fink** antwortete anhand seiner Präsentation zum Projektstand Qualitäts- und Organisationsentwicklung im Fachbereich Bildung durch das Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (IN/S/O).

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Frau Gellert** bemerkte, dass eventuell im Bereich SGB II arbeitstechnisch eine Entspannung zu erwarten wäre. Sie erkundigte sich, wie sich das Verhältnis der Belastung und Entlastung unter der Beachtung des neuen SGB VIII haushaltsrechtlich verhält.



**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass nicht das SGB II, sondern das SGB IX gemeint ist. Sie sagte, dass es dazu ein Verfahren geben wird.

**Herr Dr. Wend** bedankte sich für die Ausführungen.

**zu 8.7 Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur – Projektauftrag 2023"  
Vorlage: VII/2023/06090**

---

Die Information zum Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur – Projektauftrag 2023" wurde zur Kenntnis genommen.

*Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.*

**zu 8.8 Berichterstattung Frühe Hilfen**

---

**Frau Franke** informierte anhand einer Präsentation über Frühe Hilfen der Stadt Halle (Saale).

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass Frau Franke die Berichterstattung von Herrn Kraft übernommen hat. Sie bedankte sich bei Frau Franke für die neuen Impulse.

**Herr Dr. Wend** bedankte sich für die Ausführungen. Er sagte, dass in diesem Bereich der Ursprung der Jugendkriminalität liegt, weil diese Kinder und Jugendlichen meistens aus einem überforderten Elternhaus kommen.

**Herr Nordhaus** bot Frau Franke eine Kontaktaufnahme mit der Stadtelternvertretung zur Unterstützung an.

**Frau Franke** nahm das Angebot an und bedankte sich bei Herrn Nordhaus.

**zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 9.1 Anfrage der Fraktion MitBürger zur Umsetzung von Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten  
Vorlage: VII/2023/06079**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde von der Fraktion MitBürger zur Kenntnis genommen.

## zu 9.2 Herr Dr. Wend zum Kitaportal

---

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich zum aktuellen Stand des Kitaportals.

**Herr Frolow** teilte mit, dass die erforderliche Ausschreibung veröffentlicht wurde. Darauf folgend wird ein Vergabetermin stattfinden, um einen entsprechenden Anbieter finden zu können.

**Frau Gellert** lobte die bisherige Zusammenarbeit aller Beteiligten im Bereich Digitalisierung und Kitaportal.

## zu 9.3 Frau Gellert zu Sprach-Kitas

---

**Frau Gellert** erwähnte den Sachverhalt zur Weiterführung der Sprach Kitas. Sie bezog sich auf ein Schriftstück vom Landesjugendamt mit dem Inhalt, dass das Bundesprojekt „Sprach-Kitas“ bei Sprache der Schlüssel zur Welt ist. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung verwies darauf, dass dieses Projekt weitergeführt werden kann. **Frau Gellert** wies darauf hin, dass das Land Sachsen-Anhalt dieses Projekt nur anteilig finanziert. Die freien Träger erkundigen sich aus diesem Grund nach einer Finanzierungsabsicherung des Projekts.

**Herr Frolow** antwortete, dass nach einer Anfrage zum aktuellen Stand das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mitgeteilt hat, dass im diesem Jahr geprüft werden soll, ob und inwieweit die bisherigen Fördersätze im Jahr 2024 angepasst werden können.

## zu 9.4 Frau Schmidt zur Arbeitsgruppe Systemsprenger

---

**Frau Schmidt** erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Arbeitsgruppe „Systemsprenger“.

**Frau Manser** informierte, dass eine Sondersitzung dieser Arbeitsgruppe geplant ist, wobei die Ergebnisse zum Thema „Hilfe zur Erziehung“ vorgestellt werden. Derzeit ist der Sachstand, dass ein Thesenpapiervorschlag der Arbeitsgruppe vorgestellt werden kann. Sie sagte, dass die Absicht besteht, erzielte Ergebnisse dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

## zu 9.5 Herr Döring zur Homepage der Stadt Halle (Saale)

---

**Herr Döring** bemerkte, dass man auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) nicht mehr die Kontaktdaten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ASD findet. Er fragte, ob dieser Sachstand geschuldet an der Umstellung der Homepage der Stadt Halle (Saale) ist.

**Herr Frolow** teilte mit, dass es an der Umstellung der Homepage liegt.

## zu 9.6 Herr Döring zum Landesmodellprojekt "Kooperation Schule und Hort"

---

**Herr Döring** erwähnte das Landesmodellprojekt "Kooperation Schule und Hort". Er sagte, dass hierbei 50 statt 104 Schulen ausgewählt wurden. **Herr Döring** erkundigte sich, ob halleische Schulen an diesem Projekt teilnehmen.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass sich zwei öffentliche Schulen und zwei Schulen von freien Trägern beworben haben. Der Koalitionsausschuss hat sich am 5. September erstmalig über den Ablauf des Projekts verständigt. Aus diesem Grund kann die Verwaltung keine weitere Information geben.

## zu 9.7 Herr Döring zu Kitabeitragssätzen

---

**Herr Döring** verwies auf die Anfrage seiner Fraktion im letzten Stadtrat zum Thema Kitabeitragssätze. Unter anderem wurde angefragt, wie viele Kinder die Gebühren erlassen worden sind. Er bat, um eine Nachbesserung bzw. Erweiterung der bereits gegebenen Antwort im Stadtrat.

**Frau Brederlow** sagte, dass sie diesen Sachverhalt bereits mit Herrn Frolow besprochen hat und eine Nachbesserung aktuell geprüft wird.

## zu 10 Anregungen

---

### zu 10.1 Frau Jacobi zur Bestuhlungsart des Jugendhilfeausschusses

---

**Frau Jacobi** regte eine Bestuhlungsart für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses in Form eines Vierecks an.

**Herr Dr. Wend** befürwortete diese Anregung und plädierte für eine Umsetzung.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Herr Dr. Wend** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

---

Detlef Wend  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
stellv. Protokollführer